

# Wahlprüfsteine des bfg Bayern zur Landtagswahl 2018

1. Halten Sie den nach Konfessionen getrennten **Religionsunterricht** an den staatlichen Schulen für ein geeignetes Mittel, den Schülerinnen und Schülern zentrale Werte unserer Gesellschaft wie etwa Toleranz zu vermitteln, oder scheint Ihnen dazu ein **für alle verpflichtender Ethikunterricht** der bessere Weg?
2. Die **Gehälter** von Bischöfen, Domkapitularen sowie von Geistlichen in der Militär-, Polizei- und Gefängnisseelsorge werden in Bayern aus dem **allgemeinen Steueraufkommen**, nicht etwa aus der Kirchensteuer, bezahlt.  
Halten Sie diese Finanzierung von kirchlichen Amtsträgern aus staatlichen Mitteln für gerechtfertigt?  
Was werden Sie ggfs. unternehmen, um hier eine Änderung zu erreichen?
3. In Bayern macht der Anteil der **konfessionsfreien Bürgerinnen und Bürger über 30%** aus. Dabei nimmt der Anteil der Konfessionsfreien in Bayern pro Jahr um etwa 0,4% zu.  
Ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht die Vertretung der Konfessionsfreien sowohl in den Gremien des **Rundfunkrates** wie auch in der Zuteilung von Sendezeiten bei weitem nicht.  
Sind Sie bereit, sich für eine Vertretung der konfessionsfreien Bürgerinnen und Bürger in diesen Gremien und für eine **stärkere Säkularisierung der Programme** der öffentlich-rechtlichen Sender einzusetzen?
4. In kirchlichen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Alten- und Pflegeheimen, deren Kosten weitgehend vom Staat bzw. von den allgemeinen Sozialkassen getragen werden, haben die dort Beschäftigten nicht das Recht, einen **Betriebsrat** zu wählen. Caritas, Diakonie und die Verfassten Kirchen weigern sich, die Arbeitsbedingungen durch frei ausgehandelte **Tarifverträge** zu regeln.  
Die Träger kirchlicher Einrichtungen können dort Beschäftigte bei einem Verstoß gegen **kirchliche Moralvorstellungen im Privatleben** (z.B. Heirat unter Gleichgeschlechtlichen, Scheidung und Wiederverheiratung) **fristlos kündigen**.  
Halten Sie dies für gerechtfertigt? Was werden Sie gegebenenfalls unternehmen, um eine Änderung im Sinne der Beschäftigten zu erreichen?